

Prof. Dr. Günter Rausch, weitgehend identisch mit: „Die Beteiligung von sozial Benachteiligten aus der Perspektive einer emanzipatorischen Gemeinwesenarbeit“, in: Maier K.; Meßmer M. (Hg.), Soziale Kommunalpolitik für lebenswerte Wohnquartiere : Beiträge zu Wohnungspolitik, Bürgerbeteiligung, Quartiersmanagement und Indikatoren sozialer Nachhaltigkeit, Freiburg im Breisgau, 2004, S. 93 – 104

Rausch Günter, Die Beteiligung von sozial Benachteiligten aus der Perspektive einer emanzipatorischen Gemeinwesenarbeit, in: Maier K.; Meßmer M. (Hg.), Soziale Kommunalpolitik für lebenswerte Wohnquartiere : Beiträge zu Wohnungspolitik, Bürgerbeteiligung, Quartiersmanagement und Indikatoren sozialer Nachhaltigkeit, Freiburg im Breisgau, 2004

„Es ist eine demokratische und inhaltliche Selbstverständlichkeit, dass die Menschen das Haus, in dem sie leben wollen, selbst planen und gestalten können«

(Bertolt Brecht)

Soziale Benachteiligung und Partizipation - Beteiligung von sozial Benachteiligten: Ein Prüfstein, Stolperstein oder Meilenstein von Gemeinwesenarbeit?

Wie auch immer, es scheint ein steiniger Weg zu sein, den es zu beschreiten gilt, wenn Benachteiligte teil-haben können sollen. Klingt dies nicht von vorne herein ein wenig paradox? Oder ist es nicht gar zynisch, ausgerechnet Menschen, denen der Zugang zu gesellschaftlich bedeutsamen Ressourcen fehlt, aufzufordern, an allgemeinen politischen Entscheidungsprozessen mitzuwirken? Ist es heute nicht schon schwer genug, breite Bevölkerungsschichten, die über hinreichende soziale, kulturelle und materielle Kapitalausstattungen verfügen, zu motivieren, an demokratische Partizipationsverfahren mitzuwirken? Wer sind das überhaupt, die „sozial Benachteiligten“? Und wollen „die da unten“ überhaupt in Beteiligungsverfahren mitmischen? Haben die nicht ganz andere Sorgen und Probleme? Sind deshalb Handlungsstrategien, die sich solcherlei Herausforderungen stellen, nicht von vornherein zum Scheitern verurteilt? Oder sind diese Überlegungen am Ende überhaupt nicht mehr zeitgemäß? Zunächst soll der Gegenstandsbereich terminologisch beleuchtet werden.

Armut, soziale Benachteiligung und Ausgrenzung

Während noch vor gar nicht langer Zeit das Thema Armut in Deutschland in der Öffentlichkeit weitgehend vernachlässigt worden ist, sah sich die Bundesregierung im Jahre 2001 gezwungen, erstmalig einen Armuts- und Reichtumsbericht vorzulegen. Dabei kam sie nicht nur zu dem Schluss, dass Armut von besonderer gesellschaftlicher Relevanz ist, sondern auch, dass die Kluft zwischen Arm und Reich hierzulande zugenommen hat. 1998 werden 13,7 Millionen Menschen unter der Schwelle der Einkommensarmutsgrenze verzeichnet. Es sind vor allem Langzeitarbeitslose, alleinerziehende Frauen und auch kinderreiche Familien mit niedrigem Erwerbseinkommen.¹ Die ungleiche Verteilung ist nach wie vor nicht etwa Ausdruck individuellen Versagens oder gar persönlichen Mißgeschicks beziehungsweise das spezifische Verdienst der einzelnen Privilegierten. „Vielmehr wird auch heute ein nicht geringer Teil dessen, was die Menschen im Lebenslauf erhalten, über die Geburt, die soziale Herkunft, den Status und das Vermögen der Eltern von Generation zu Generation weitergegeben. [...] Langfristig überwiegen zweifellos die institutionellen Kräfte, die im

¹ Vgl. Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2001, in: Bundesdrucksachen Nr. 14/5990

Prof. Dr. Günter Rausch, weitgehend identisch mit: „Die Beteiligung von sozial Benachteiligten aus der Perspektive einer emanzipatorischen Gemeinwesenarbeit“, in: Maier K.; Meßmer M. (Hg.), Soziale Kommunalpolitik für lebenswerte Wohnquartiere : Beiträge zu Wohnungspolitik, Bürgerbeteiligung, Quartiersmanagement und Indikatoren sozialer Nachhaltigkeit, Freiburg im Breisgau, 2004, S. 93 – 104

ökonomischen, kulturellen und sozialen Kapital der Gesellschaftsmitglieder schlummern und die Kluft zwischen Arm und Reich eher öffnen denn schließen.“²

Wer in begüterte, gebildete oder zumindest materiell abgesicherte Milieus hineinwachsen konnte, hat verhältnismäßig gute Chancen, sich erfolgreich in der Gesellschaft zu etablieren. Wer sich dagegen auf der Schattenseite entwickeln mußte, lebt in der Gefahr, an den Rand gedrängt zu werden und sehr schnell zu den „sozial Benachteiligten“ zu gehören. Iben verwies noch 1985 im renommierten Fachlexikon sozialer Arbeit des Deutschen Vereins darauf, dass es die gesellschaftlich hervorgebrachten Lebensbedingungen seien, die die Lebens- und Handlungschancen des Einzelnen in der Gesellschaft bestimmen. Soziale Benachteiligung entstehe schließlich „überall dort, wo bestimmten Gruppen der Zugang zu gesellschaftlich anerkannten Werten (Prestige, höheres Einkommen, soziale Sicherheit, Bildung) durch Schichtgrenzen und Diskriminierung verwehrt oder erschwert ist und Macht, Einfluss und Besitz bei wenigen privilegierten Gruppen konzentriert sind.“ (G. Iben, Soziale Benachteiligung, in: Deutscher Verein, Fachlexikon der sozialen Arbeit, 1986, S. 755). Soziale Benachteiligung zeigt sich demnach darin, dass Personen die Teilhabe an gesellschaftlich bedeutsamen sozialen, kulturellen oder politischen Ressourcen, Ereignissen sowie an den materiellen Erträgen und dem Wohlstand vorenthalten wird. Folglich könnte zumindest hypothetisch behauptet werden, bei „sozial benachteiligte Menschen“ handle es sich in der Regel um „arme Menschen“.

Böhnke hinterfragt kritisch die Annahme, dass soziale Ausgrenzung und Armut einen inneren Zusammenhang hätten. Treffend vermerkt sie, dass schwerlich ein Ort außerhalb der Gesellschaft vorstellbar ist, also auch eigentlich niemand ausgegrenzt werden könne. So dann differenziert sie zwischen der Armut, der im wesentlichen ein Mangel an materiellen Ressourcen zugrunde liege und der Ausgrenzung, die auf einen Verlust an Teilhabe aufgrund sozialer Benachteiligung verweise. „Soziale Ausgrenzung wird definiert als Ausschluss von gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten, [...] als Vorgang eines kumulativen Ausschlusses von Personen aus einer Mehrzahl unterschiedlicher, für die Lebensführung relevanter Funktionsbereiche der Gesellschaft.“ (Böhnke, 2002, S. 31) Ferner unterscheidet sie soziale Ausgrenzung noch einmal als Ausschluss und Marginalisierung. Während Ausschluss das offenkundige Abgehängt- und Ausgegrenztsein meint, also die Nichtverwirklichung sozialer Rechte und sozialer Absicherung, differenziert Marginalisierung zwischen prekärer materieller Lebenslage und eingeschränkter sozialer Teilhabe einerseits und subjektiver Ausgrenzungserfahrung andererseits. Schließlich räumt sie jedoch ein, dass es sich beim Begriff der sozialen Ausgrenzung um eine provokante Metapher handle, die ein neues Deutungsmuster für soziale Benachteiligung umschreibe. Gemeint sei einerseits die zunehmende Polarisierung der Gesellschaft, andererseits die um sich greifende Verunsicherung und Angst der Mittelschichten vor sozialem Abstieg. Letztlich ginge es eben um diverse Ausprägungen sozialer Benachteiligung und um ein erweitertes, die Teilhabechancen betreffendes, Verständnis von Armut (vgl. Böhnke 2002, S. 32 ff.). Der Armutsbegriff ist stets sehr unterschiedlich diskutiert worden, und wenngleich die Armut als soziales Phänomen die Menschheit von alters her begleitet hat, fehlt es bislang an hinreichend begrifflichen Übereinkünften. Zumindest verweist jedoch die Etymologie darauf, dass Armut eine gemeinsame Sprachwurzel mit den Wörtern „Arbeit“ und „Eremit“ hat. Als „arm“ galten ursprünglich Waisenkinder, die - einsam und verlassen - arbeiten mußten, um überleben zu

² Nollmann G., Strasser H., Armut und Reichtum in Deutschland, in: Aus „Politik und Zeitgeschichte B 29 – 30/2002: 28

Prof. Dr. Günter Rausch, weitgehend identisch mit: „Die Beteiligung von sozial Benachteiligten aus der Perspektive einer emanzipatorischen Gemeinwesenarbeit“, in: Maier K.; Meßmer M. (Hg.), Soziale Kommunalpolitik für lebenswerte Wohnquartiere : Beiträge zu Wohnungspolitik, Bürgerbeteiligung, Quartiersmanagement und Indikatoren sozialer Nachhaltigkeit, Freiburg im Breisgau, 2004, S. 93 – 104

können! “Arm sein” bezieht sich also auf eine umfassende Lebenslage, die im wesentlichen durch Ausgrenzung und materieller Not gekennzeichnet ist³. Entsprechend gibt es in der Armutstheorie ein so genanntes „Lebenslagenkonzept“, das einen engen Zusammenhang zwischen individueller Situation, Lage des Haushaltes, materieller Armut und immaterieller Unterversorgung in den Blickpunkt rückt. Einen Zusammenhang zwischen Einkommensarmut und Ausschluss von gemeinschaftlichen Bezügen herzustellen, wäre also nicht unbedingt neu.

Andererseits zeigt sich soziale Benachteiligung eben nicht nur auf der materiellen Ebene. So werden ferner Defizite in der Sozialisation und in der Bildung, insbesondere als mangelhafte Fähigkeiten in den erwarteten Kulturtechniken, hier namentlich der Sprache vermerkt. Aber auch im Bereich der sozialen Unterstützung und der Beziehungsgeflechte gibt es auffallende Diskrepanzen bei armen Menschen gegenüber materiell Bessergestellten: „Mit dem Einkommen steigt die Zahl der vertrauten Personen, die nicht aus der Verwandtschaft stammen, und es wächst auch die Qualität und die Sicherheit der von diesen Personen erwartbarer praktischen und gemeinschaftlichen Unterstützung.“⁴ Es fehlen also durchweg jene Ressourcen, die benötigt werden, um sich am gesellschaftlichen Leben, seien es die kulturellen Begegnungen, diverse Freizeitvergnügungen oder die politischen Entscheidungsprozesse, gleichberechtigt beteiligen zu können.

Vor diesem Hintergrund könnte deshalb zusammenfassend vortrefflich diskutiert werden, dass die Teilhabe sozial Benachteiligter zuvorderst eine Frage politisch ökonomischer Veränderungen auf der Makroebene sei, sie also hauptsächlich von der Herstellung sozialer Gerechtigkeit abhänge.

Sozialer Raum und Habitus

Bourdieu geht von einem etwas anderen Denkmodell aus. Er stellt sich die soziale Welt als einen mehrdimensionalen Raum vor, in dem bestimmte Eigenschaften oder Merkmale ihren Trägern Stärke und Macht verleihen (vgl. Bourdieu, 1985, S. 9). Er bezeichnet diese als Kapitalien, die in Form materiellen Eigentums und kultureller, sozialer oder symbolischer Fähigkeiten oder Kenntnisse auftreten. Ausgehend von diesen Kapitalien entsteht in einem differenzierten Prozess ein sozialer Raum, in dem die Akteure, entsprechend der Verteilung und Platzierung der verschiedenen Kapitalsorten, einen konkreten Standort einnehmen, der dem jeweiligen Kräfteverhältnis gleichkommt. Entfernungen, Abstände, Niveauunterschiede etc. ließen sich zwar nicht beliebig verändern oder überwinden⁵, sind jedoch durch gezielte Interventionen, die auf einen Ausbau einzelner Kapitalien abzielen, sehr wohl variabel. Dabei gilt es zu berücksichtigen, was die Akteure zur Konstruktion dieser sozialen Welt selber beitragen können. Bourdieu geht zwar von der Existenz „objektiver“ Wirkfaktoren aus, sieht jedoch in „subjektiven“ Weltansichten und Handlungsvollzügen eben solche Konstruktionselemente. Letztlich sei es eine Frage des praktischen Tun sowie des politischen Kampfes “um die Macht zum Erhalt oder zur Veränderung der herrschenden sozialen Welt durch Erhalt oder Veränderung der herrschenden Kategorien zur Wahrnehmung dieser Welt” (Bourdieu, 1985, S. 18f.). Daneben finde ein permanenter “Kampf um die Produktion des *common sense* oder genauer, um das Monopol auf legitime *Benennung* als offizielle - das heißt explizite und öffentliche - Durchsetzung einer legitimen Sicht von sozialer Welt” statt (Bourdieu, 1985, S. 23). In diesen Auseinandersetzungen vollziehen sich, gerade im

³ Vgl. DUDEN, Bd. 7, Das Herkunftswörterbuch, Mannheim, Wien, Zürich, 1989.

⁴ Fischer C.S., zitiert nach Keupp H., 1987: 39f.)

⁵ Interessant ist Bourdieus Hinweis, daß dem Aufsteiger die Anstrengungen der Kletterei anzusehen seien (vgl. Bourdieu P., 1985: 13).

Prof. Dr. Günter Rausch, weitgehend identisch mit: „Die Beteiligung von sozial Benachteiligten aus der Perspektive einer emanzipatorischen Gemeinwesenarbeit“, in: Maier K.; Meßmer M. (Hg.), Soziale Kommunalpolitik für lebenswerte Wohnquartiere : Beiträge zu Wohnungspolitik, Bürgerbeteiligung, Quartiersmanagement und Indikatoren sozialer Nachhaltigkeit, Freiburg im Breisgau, 2004, S. 93 – 104

Alltagsleben, jene Kategorisierungs- und Klassifizierungsprozesse, die die Grundlagen gesellschaftlicher Identitäten bilden. Dabei geht Bourdieu keineswegs von einem „anything goes“ aus, in dem es in das Belieben des Einzelnen gestellt wäre, einfach an diesem Kräftespiel teilnehmen und mitmischen zu wollen. Es genügen auch nicht die Kenntnisse der Spielregeln. Es bedarf nicht zuletzt des erforderlichen materiellen Startkapitals, um überhaupt in den Kreis der Mitspieler aufgenommen zu werden. Dem ökonomischen Kapital kommt also immer noch eine Schlüsselrolle zu. Daneben bedarf es des Nachweises entsprechender

Bildung, der notwendigen Beziehungen, eines entsprechenden Ansehens und last but not least der Fähigkeit, sich in diesem dynamischen ranking adäquat durchsetzen und plazieren zu können. Auf diese Weise differenzieren sich auch Dispositionen, Einstellungen und soziale Gruppen, die sich durch unterschiedliche Lebensstile auszeichnen und schließlich diverse Milieus mit den ihnen eigenen Unterscheidungen herausbilden. Ferner entstehen spezifische Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsschemata, die ein System dauerhafter Dispositionen schaffen, die Bourdieu *Habitus* nennt. Damit werden die im Alltag geläufigen und selbstverständlichen Deutungs- und Handlungsmuster bezeichnet, die das Individuum im Verlaufe seines Lebens erworben hat. Sie bilden ein relativ stabiles System von Einstellungen, Haltungen und Handlungsorientierungen, das der Stellung im sozialen Raum entspricht. In ihm drücken sich objektive, soziostrukturell begründete Handlungsmöglichkeiten ebenso aus, wie die Möglichkeiten der subjektiven Selbstinszenierung. Über den Habitus erschließt sich nicht nur, wer jemand ist, sondern auch wer jemand nicht ist bzw. nicht sein kann. Es werden sowohl die „feinen Unterschiede“ als auch die großen Gegensätze und Differenzen ebenso sichtbar, wie die sie hervorbringenden Prozesse und Wirkfaktoren.

So lassen also die Verweise auf die Bedeutung der symbolischen Macht der Akteure, aber auch auf die konstitutiven ökonomischen, sozialen und kulturellen Kapitalien, gewisse Einwirkungsmöglichkeiten auf die realen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse erkennen. Eine starre Engführung der Argumentation, so dass Einkommensarmut notwendig zur sozialen Ausgrenzung führen müsse, ließe sich in diesem Modell nicht mehr einfach aufrechterhalten. Vielmehr sind vielschichtige Wirkungsprozesse subjektiver und objektiver Einflussfaktoren zu beachten, die letztendlich zu einer stets nur vorläufigen Plazierung im sozialen Raum führen. Diese Auseinandersetzungen finden zuvorderst im Alltagsleben statt.

Durch die Rückgriffe auf Bourdieus Denkmodelle werden aber auch die behindernden Schranken und trennenden Klüfte deutlich, die ein beliebiges Vagabundieren im freien Raum nun einmal nicht zulassen. Menschen, die aufgrund ihrer Lebensbedingungen nur ungenügende Ressourcen zur Verfügung und mithin keine Chancengleichheit im gesellschaftlichen Ringen um die Gestaltung der öffentlichen Belange haben, können nicht einfach über ihren Schatten springen. Die Denkfigur des sozialen Raumes hat freilich nicht nur symbolische Ecken und Kanten oder Decken und Wände, die die Freizügigkeit begrenzen. Längst gibt es hinreichende sozialwissenschaftliche Studien, die auch eine sozialräumliche territoriale Polarisierung benachteiligter Bevölkerungsschichten in speziellen Stadtteilen oder Quartieren feststellen.

Räumliche Segregation – Das Quartier als Ursache und Lernraum

Häußermann hat bereits in den achtziger Jahren auf die Entwicklungstendenzen zur Herausbildung neuer Ungleichheitsstrukturen in den Städten verwiesen. (Häußermann Hartmut/Siebel Walter, Neue Urbanität, Frankfurt a. Main, 1987). Er verwies damit auf jene Quartiere, die sich seit den sechziger Jahren in den älteren Mietwohnanlagen und seit Mitte der siebziger Jahre zunehmend auch in den neuen Großsiedlungen als soziale Brennpunkte

Prof. Dr. Günter Rausch, weitgehend identisch mit: „Die Beteiligung von sozial Benachteiligten aus der Perspektive einer emanzipatorischen Gemeinwesenarbeit“, in: Maier K.; Meßmer M. (Hg.), Soziale Kommunalpolitik für lebenswerte Wohnquartiere : Beiträge zu Wohnungspolitik, Bürgerbeteiligung, Quartiersmanagement und Indikatoren sozialer Nachhaltigkeit, Freiburg im Breisgau, 2004, S. 93 – 104

herausgeschält hatten. Für die Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit war dies keineswegs neu. Hatten sich doch dort draußen, meist am Rande der großen Städte, jene Zielgruppen angesiedelt, die gemeinhin und abschätzig als „Klientel“ der Sozialarbeit bezeichnet werden: Einkommensschwache Haushalte, Arbeitslose, Spätaussiedler, Ausländer, Alleinerziehende, kranke und verhaltensauffällige Menschen, die anderswo auf dem Wohnungsmarkt keine Bleibe mehr finden konnten. Seit 1999 gibt es nunmehr ein von Bund und Ländern getragenes Programm: „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“. Gedacht ist

sie „für Stadt- und Ortsteile, die infolge sozialräumlicher Segregation davon bedroht sind, ins soziale Abseits abzurutschen.“⁶ Es wird also auch offiziell gar nicht erst bestritten, dass jene benachteiligte und benachteiligende Quartiere existieren und Menschen von Ausgrenzung bedroht sind. Der Deutsche Städtetag definierte schon vor Jahrzehnten "Wohngebiete, in denen Faktoren, die die Lebensbedingungen ihrer Bewohner und insbesondere die Entwicklungschancen bzw. Sozialisationsbedingungen von Kindern und Jugendlichen negativ bestimmen, gehäuft auftreten"(Mehl, 1986, S. 762), als soziale Brennpunkte. Mehl nannte gemeinsame Merkmale solcher Quartiere, wie latente Milieugefährdung und Milieuschädigung, vor allem der Kinder und Jugendlichen, gesellschaftliche Herabsetzung, Ächtung und Stigmatisierung mit der Folge von Resignation und dem Gefühl des Ausgeschlossenenseins auf Seiten der betroffenen Bürger sowie beispielsweise Konzentration und Anziehung unterprivilegierter Bevölkerungsgruppen sowie die Tendenz zur unfreiwilligen Selbstisolierung bei erlahmender politischer Selbstbehauptung (vgl. a.a.O. S. 763).

Inzwischen ist der Begriff des sozialen Brennpunktes nicht mehr geläufig. Die Formel von „den benachteiligten und benachteiligenden Quartieren“ ist im wesentlichen ein Synonym, wengleich sie den Vorteil birgt, einerseits weniger stigmatisierend zu wirken, andererseits auch auf eine gesellschaftspolitische Verantwortung hinzuweisen. Neben subjektiven Abstiegskarrieren, die oftmals nur noch aufwendig in Biographieforschungsprojekten nachvollziehbar sind, und der Zugehörigkeit zu milieubedingten Randgruppen können durchaus auch sozialräumliche Konstellationen zur Ursache für Benachteiligung und Ausgrenzung werden. Im Unterschied zu traditionellen Submilieus, wie sie beispielsweise früher in alten Arbeitersiedlungen anzutreffen waren, sind diese Quartiere heute über das Stigma der Armut hinaus zunehmend auch von internen Widersprüchen und Konflikten geprägt. Hier wohnen Menschen mit unterschiedlichsten kulturellen und ethnischen Hintergründen auf engstem Raum nebeneinander. Hier schaukeln sich leicht vermeintliche Nichtigkeiten aufgrund ungenügender Verständigungsmöglichkeiten und geringen Toleranzschwellen zu größeren Konflikten hoch. Und hier finden mitunter negative soziale Lernprozesse statt, in denen Verhaltensweisen kultiviert werden, die die Bewohner immer mehr von den gesellschaftlich sanktionierten Erwartungen trennen. Schließlich ist von „überforderten Nachbarschaften“⁷ ebenso die Rede, wie von den berühmten „Fahrstuhleffekten“, dass nämlich all die Personen aus jenen Bezirken wegziehen, die sich dort unwohl fühlen und es sich noch leisten können, in besser angesehene Wohnquartiere umzusiedeln. Es entsteht eine schier unaufhaltsame Abwärtsspirale, die schließlich zu den viel zitierten „Ghettos ohne Mauern“⁸ führen kann.

⁶ (aus: Ministerkonferenz vom 3. 12. 1999, in:

http://www.sozialestadt.de/veroeffentlichungen/arbeitspapiere/band3/3_ergebue.htm#4

⁷ vgl. Neuhöfer Manfred, Überforderte Nachbarschaften. Eine Analyse von Siedlungen des sozialen Wohnungsbaus und die Wohnsituation von Migranten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 49/98, S. 35 - 45

⁸ vgl. Hess Henner/Mechler Achim, Ghetto ohne Mauer, Frankfurt a. Main, 1972

Prof. Dr. Günter Rausch, weitgehend identisch mit: „Die Beteiligung von sozial Benachteiligten aus der Perspektive einer emanzipatorischen Gemeinwesenarbeit“, in: Maier K.; Meßmer M. (Hg.), Soziale Kommunalpolitik für lebenswerte Wohnquartiere : Beiträge zu Wohnungspolitik, Bürgerbeteiligung, Quartiersmanagement und Indikatoren sozialer Nachhaltigkeit, Freiburg im Breisgau, 2004, S. 93 – 104

Nach Häußermann stellen diese Mauern kaum zu überwindende Hindernisse dar: „Aus dem Strudel multipler und kumulativer Benachteiligung, der mit dem unfreiwilligen Wohnen in solchen Quartieren verbunden ist, gibt es nach einer gewissen Zeit kein Entkommen mehr“ (Häußermann, 2000, S. 21). Neben den vielfältigen alltäglichen Stigmatisierungen und negativen Fremdzuschreibungen von außen, kommen zunehmend Selbstzweifel und Selbstverachtung hinzu, die allzu oft in Aggressionen gegen Leidensgenossen oder Gegenstände in der unmittelbaren Umgebung führen. In dieser Binnenwelt gedeihen darüber hinaus andere Wertmaßstäbe, Deutungsmuster, Kultur- und Sprachformen sowie Bewältigungsstrategien als in der bürgerlichen Gesellschaft draußen. Es entstehen Sonderwelten, die nicht mehr ohne weiteres mit den Lebenswelten außerhalb dieser Viertel kompatibel sind. Auch der gewöhnliche Alltag unterliegt in sozial benachteiligten Wohngebieten einer eigenen Dynamik und Gestalt. „Drinne“ und „draußen“ leben nebeneinander und aneinander vorbei, und sie bemühen sich gegenseitig, möglichst wenig Berührungen und Kontakte miteinander zu haben. Argwohn, Mißtrauen, Ängste und Ablehnung bestimmen die wechselseitigen Empfindungen. Man geht auf Distanz und sich möglichst ganz aus dem Weg. Die Entfernungen zwischen diesen Welten sind im Sozialraum immens. „Die Quartiere können sich, wenn der Prozess der sozialen Entmischung erst ein gewisses Niveau erreicht hat, nicht mehr selber helfen“, resümiert Häußermann (a.a.O., S. 21).

Beteiligung erfordert besondere Massnahmen

Vor diesem ausführlich entfalten Hintergrund versteht es sich nun gewissermaßen von selbst, dass ausgegrenzte Menschen, die in sozial benachteiligten und benachteiligenden Quartieren wohnen, bei gewöhnlichen Beteiligungsverfahren nicht an den allgemeinen demokratischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen partizipieren können. Sie wären selbst dann, wenn sie wollten, aufgrund ihrer besonderen Lebenslage, ihrer ungenügenden Ressourcen und ihres spezifischen Habitus nicht imstande, sich den mittelschichtorientierten Riten und Prozeduren anzupassen. Dabei stellt alleine die Sprache nicht nur für die ausländischen oder etwa die rußlanddeutschen BewohnerInnen eine schwer zu überwindende Hürde dar. Unabhängig vom jeweiligen Beteiligungssystem, seien es etwa baurechtlich vorgeschriebene Informationsveranstaltungen zu Bebauungsplänen und Flächennutzungsplänen oder die Mitarbeit in Parteien und politischen Organisationen oder Modelle bürgerschaftlichen Engagements, stets werden kulturelle Fertigkeiten und Fähigkeiten vorausgesetzt, die in benachteiligten Milieus unbekannt oder nicht hinreichend entwickelt sind. Wenn schon die Einladungen in einer Schreibweise verfaßt sind, die nur gebildeten Schichten geläufig ist, wenn die Themen abstrakt und von den unmittelbaren Alltagsproblemen der „kleinen Leute“ weit entfernt sind und wenn schließlich die Veranstaltungskultur, etwa durch lange Fachvorträge im distanzierenden Amtsdeutsch, weitgehend fremd bleiben muß, wird sich niemand wundern, wenn die wenigen „Underdogs“, sollten sie sich einmal tatsächlich in solchen Versammlung einfinden, sich konsequent zurückhalten beziehungsweise wieder zurückziehen. Es handelt sich letztlich um Kommunikationsformen und -modelle, die einer anderen Lebenswelt entspringen und sich im Sozialraum auf entfernten Plateaus abspielen.

Sehr deutlich sind die Divergenzen etwa auch im Wahlverhalten. Wahlen sind die allgemeinste Form der Beteiligung am demokratischen Willensbildungsprozess. Dabei können alle BürgerInnen, ohne sich etwa persönlich zu Wort melden und ohne besondere Anstrengungen erbringen zu müssen, ihre Meinung kundtun und Entscheidungen

Prof. Dr. Günter Rausch, weitgehend identisch mit: „Die Beteiligung von sozial Benachteiligten aus der Perspektive einer emanzipatorischen Gemeinwesenarbeit“, in: Maier K.; Meßmer M. (Hg.), Soziale Kommunalpolitik für lebenswerte Wohnquartiere : Beiträge zu Wohnungspolitik, Bürgerbeteiligung, Quartiersmanagement und Indikatoren sozialer Nachhaltigkeit, Freiburg im Breisgau, 2004, S. 93 – 104

beeinflussen. Doch gerade hier verweisen sämtliche einschlägige Untersuchungen auf eindeutige Befunde⁹: Landauf, landab ist die Wahlbeteiligung in den Stimmbezirken mit einem hohem Anteil an sozial benachteiligten Bürgern mit Abstand am niedrigsten. „Da die Einschätzung, von der Gesellschaft im Stich gelassen bzw. abgehängt worden zu sein, zu einer wachsenden Distanz zum politischen System führt, ist die (niedrige) Wahlbeteiligung ein möglicher Indikator für die Identifizierung von Gebieten, in denen die soziale Ausgrenzung bereits weit fortgeschritten ist – wenn nicht aus Protest die Verbreiter von

ausländerfeindlichen Parolen gewählt werden“ (Häußermann, 2002, S. 21). Diese Politikabstinenz drückt nicht nur den Grad der Selbstisolation und des Abgeschnittenseins vom Mainstream aus, sie hat auch eine weitere konkrete reflexiv-negative Konsequenz für die betreffenden Quartiere. Die Politikerinnen und ihre Parteien interessieren sich erst gar nicht mehr für diese Wohngebiete, sie lassen die Menschen und deren Belange im wahrsten Sinne des Wortes außen vor.

Die ausgegrenzten Quartiere bleiben so sich selbst überlassen. Der Teufelskreis reproduziert sich immer wieder von selbst. Langjährige Erfahrungen, dass „die da oben ja doch machen, was sie wollen“ und sich niemand um die Probleme sozial Benachteiligter kümmert, werden ebenso kollektiv wahrgenommen und kommuniziert, wie die einzelnen Personen individuell zumeist die Erfahrungen des Scheiterns und Versagens machen, wenn sie versuchen, aus den Schatten des Ghettos hervorzutreten. Enttäuschung, Rückzug, Resignation sowie Mißtrauen und Abgrenzung gegenüber allem, was „von oben“ kommt, sind die Regel. Notwendig verstärken sich die eigenen Deutungsmuster und Handlungssysteme. Es entstehen so Konstruktionen eigener sozialer Wirklichkeiten.¹⁰ Niemand kann über seinen eigenen Schatten springen oder sich am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen: "Wer dauerhaft Objekt von Entscheidungen gewesen ist, kann nicht ohne Unterstützung Subjekt eigener Entscheidung werden. Kurz: man braucht Lern- und Handlungsinitiatoren." (Gronemeyer, 1977, S. 202). Dazu bedarf es der besonderen professionellen Unterstützung und Begleitung. Notwendig ist die Inszenierung geeigneter milieuspezifischer Lern- und Möglichkeitsräumen.

Gemeinwesenarbeit die vermittelnde Instanz?

Die Soziale Arbeit kann, wie keine andere Profession, auf eine lange Tradition und einen breiten Fundus an Theorien und Praxiserfahrungen zurückgreifen, um in derart vertrackten Situationen ein adäquates Unterstützungsmanagement anzubieten. Jane Addams und viele andere haben bereits im 19. Jahrhundert, zunächst als „Settlementbewegung“ und seit Beginn des 20. Jahrhunderts berufsmäßig als „community work“ sehr erfolgreich emanzipative und partizipative Interventionen eingesetzt, um die Lage der benachteiligten Menschen in Slums der Großstädte zu verändern. Hierzulande übernimmt Gemeinwesenarbeit heute ganz allgemein die Aufgabe, in einer Zeit der Individualisierung, der Erosion des Sozialen, der Segregation und des Rückzuges in das Private wieder öffentliche Räume zu schaffen und über die Entwicklung von angemessenen Beteiligungsstrukturen und inszenierten Alltagskulturen, eine Neugestaltung des Sozialen zu unterstützen. Ein alter sozialarbeiterischer Grundsatz ist dabei, „die Menschen dort abzuholen, wo sie stehen“. Die Vielfältigkeit und Widersprüchlichkeit der Lebensprozesse, insbesondere auch die zahlreichen divergierenden Eigensinnigkeiten und Eigendynamiken werden zunächst akzeptiert und als Ressourcen und Ausgangspunkt für integrative Maßnahmen aufgegriffen. Konsequente Alltags- und

⁹ vgl. Rausch G., Gemeinschaftliche Bewältigung von Alltagsproblemen – Gemeinwesenarbeit in einer Hochhaussiedlung, Münster, 1998, S. 243 f.

¹⁰ vgl. Schütz, Luckmann, 1975

Prof. Dr. Günter Rausch, weitgehend identisch mit: „Die Beteiligung von sozial Benachteiligten aus der Perspektive einer emanzipatorischen Gemeinwesenarbeit“, in: Maier K.; Meßmer M. (Hg.), Soziale Kommunalpolitik für lebenswerte Wohnquartiere : Beiträge zu Wohnungspolitik, Bürgerbeteiligung, Quartiersmanagement und Indikatoren sozialer Nachhaltigkeit, Freiburg im Breisgau, 2004, S. 93 – 104

Lebensweltorientierung ist ein Grundprinzip dieser Gemeinwesenarbeit. Man muss, um es mit anderen Worten zu sagen, die Dinge so annehmen, wie sie sind, und sich in die Alltagswelt der Zielgruppen hineinbegeben, versuchen, sie zu erkennen und zu verstehen, selbst dort an deren Alltagsleben teilhaben und allmählich den Menschen vertraut werden. Beides, die detaillierte Kenntnis der Lebensverhältnisse, der Lebensweisen und der Lebenswelten sowie den Menschen bekannt- und vertrauenswürdig zu sein, sind notwendige Voraussetzungen, um entsprechende Lern- und Veränderungsprozesse initiieren zu können.

Dabei ist die Kultur des Alltags von besonderer Bedeutung. Die Art und Weise, wie die Menschen sich kleiden, was sie essen und trinken, welche Musik sie hören, wie sie sich

entspannen und regenerieren, vor allem wie sie sich begegnen und ihre gemeinsamen Angelegenheiten regeln, ist nach Bourdieu entscheidend für die Konstitution des sozialen Raumes. Hier gilt es die „feinen Unterschiede“ (Bourdieu, 1989) zu beachten, die sich in den Lebensstilen und Kommunikationsformen festmachen. Sie sind die eigentlichen Marksteine zwischen den gesellschaftlichen Sphären, die es zu vermitteln gilt, wenn zumindest gegenseitige Achtung, Toleranz und vielleicht Begegnung angestrebt werden. Sollen hierfür Verbindungen, Brücken oder einfache Wege zwischen den verschiedenen Milieus, Schichten und Klassen hergestellt werden, braucht es die detaillierte Kenntnis dieser Hintergründe. Auch hierfür gibt es eine lange Tradition in der Feld- und Handlungsforschung, die bis auf die sozialökologische Chicagoer Schule der 20 er Jahre des letzten Jahrhunderts zurückgeht.¹¹ Hier sind im wesentlichen Beobachtungsstrategien gefragt, die sich einerseits durch eine besondere Nähe, andererseits durch Respekt und Achtsamkeit den zu beobachtenden Menschen gegenüber auszeichnen. Sie dürfen niemals den Eindruck haben, Versuchskarnickel oder sonstige Beobachtungsobjekte in einem undurchsichtigen Projekt neugieriger Sozialwissenschaftler zu sein. In der Tradition der Aktions- bzw. Handlungsforschung Kurt Lewins ist deshalb eine absolute Transparenz und Offenheit des Handlungsprozesses von Nöten. Die Leute haben ein Recht darauf zu erfahren, was auf sie zu kommt, welche Interessen im Spiel sind, wer warum welche Rollen einzunehmen gedenkt und was mit der Ergebnissen geschehen soll bzw. wie der Fortgang der Ereignisse geplant ist. Letztlich geht es um die grundsätzlichen ethischen Maxime und Haltungen sowie die Menschenbilder der handelnden Akteure. Es gilt, die Menschenrechte und –würde ernst zu nehmen und diese selbstverständlich im eigenen beruflichen Handlungssetting beispielgebend zugrunde zu legen. Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession (Staub-Bernasconi) achtet die Betroffenen als die ExpertInnen ihrer Lebenswelt und sucht die partnerschaftliche Zusammenarbeit auf der Ebene des Dialoges. Dialog meint zunächst die Ebene der Begegnung, durchaus im Sinne Bubers. Dialog meint aber auch und vor allem den Verzicht auf Vordenkertum oder stellvertretendem Handeln, und sei es subjektiv noch so gut gemeint. Paulo Freire, der sich mit der Apathie und Resignation von armen lateinamerikanischen Menschen befaßte und Wege der Befreiung suchte, nannte als unverzichtbaren Parameter: „Weil Dialog Begegnung zwischen Menschen ist, die die Welt benennen, darf er keine Situation bilden, in der einige Menschen auf Kosten anderer die Welt benennen. Vielmehr ist er ein Akt der Schöpfung. Er darf nicht als handliches Instrument zur Beherrschung von Menschen durch andere dienen.“ (Freire, 1971, S. 72). Das ist in der Praxis oft nicht einfach. Nicht nur, weil es sehr verführerisch ist, die als Außenstehender und wissenschaftlich qualifizierter Fachmann erkannten Zusammenhänge und möglichen Auswege stellvertretend zu benennen und durch anwaltliches Handeln auszuräumen zu versuchen. Oft ist es so, dass dies zunächst auch die Erwartungshaltung der Betroffenen ist. Sie kennen es nicht anders, als dass andere, intellektuell versierte Leute an ihrer Stelle denken und handeln. Im Laufe ihres

¹¹ vgl. Müller C.W., Wie Helfen zum Beruf wurde, Band 2, 1994, S. ???????

Prof. Dr. Günter Rausch, weitgehend identisch mit: „Die Beteiligung von sozial Benachteiligten aus der Perspektive einer emanzipatorischen Gemeinwesenarbeit“, in: Maier K.; Meßmer M. (Hg.), Soziale Kommunalpolitik für lebenswerte Wohnquartiere : Beiträge zu Wohnungspolitik, Bürgerbeteiligung, Quartiersmanagement und Indikatoren sozialer Nachhaltigkeit, Freiburg im Breisgau, 2004, S. 93 – 104

Lebens haben sie allzu oft die Erfahrung machen müssen, dass ihre Meinung nicht wirklich gefragt ist und sie scheinbar inkompetent und dumm sind. Sie ziehen es deshalb vor zu schweigen und sich heraus zu halten. Bonhoeffer generalisiert diesen Vorgang: „*Die Macht der einen braucht die Dummheit der anderen.* Der Vorgang ist dabei nicht der, dass bestimmte – also etwa intellektuelle – Anlagen des Menschen plötzlich verkümmern oder ausfallen, sondern dass unter dem überwältigendem Eindruck der Machtentfaltung dem Menschen seine innere Selbständigkeit geraubt wird und dass dieser nun – mehr oder weniger unbewußt – darauf verzichtet, zu den sich ergebenden Lebenslagen ein eigenes Verhalten zu finden“ (Bonhoeffer, 1998, S. 18). Der Theologe macht darüber hinaus darauf aufmerksam,

„daß nicht ein Akt der Belehrung, sondern allein ein Akt der Befreiung die Dummheit überwinden könnte.“ (a.a.O.)

Mit dem Begriff der Befreiung kann durchaus im Sinne Kants auch an die selbstverschuldete Unmündigkeit angeknüpft werden. Auch sozial benachteiligte Menschen sind nicht willenlose Opfer und absolut ohnmächtige Objekte eines übermächtigen Schicksals. Sie selbst können und müssen die maßgeblichen Leistungen ihrer Emanzipation leisten. In diesem Sinne wird Empowerment in der Gemeinwesenarbeit als ein Handlungsprinzip verstanden, das die Menschen nicht nur zum Handeln ermutigt, sondern ihnen auch die erforderliche Eigeninitiative zumutet. Das gelingt freilich nur, wenn die Professionellen ihnen ausreichend Zeit lassen, ihre Verantwortung zu erkennen. Gegebenenfalls muss die Geduld aufgebracht werden zu warten. Dies impliziert natürlich auch das Recht auf Verweigerung bzw. die Entscheidung, alles so weiter laufen zu lassen wie bisher. Nur so werden aus Betroffenen *Beteiligte*, die sich ihrer Verantwortung für das eigene Leben bewußt werden und schließlich auch selbst aktiv in die Geschehnisse eingreifen. Gemeinsam mit anderen müssen sie die Erzählfäden ihres Lebens aufgreifen und an ihrer Lebensgeschichte stricken, die freilich immer auch eine gesellschaftliche Konstruktion ist.¹² Auf diese Weise verändern sich die Strukturen und Abläufe im Alltagsleben ebenso, wie es gelingen sollte, durch solidarisches Handeln vieler Betroffener auch die Lebensverhältnisse im Quartier zu verbessern. Vor allem braucht es Räume und Gelegenheiten der Begegnung und des Einübens gemeinsamen Tuns. Hier bietet das Quartier vielfältige Möglichkeiten der Betätigung und Entfaltung. Es ist nicht nur Behinderungsraum, sondern auch Lernfeld. Damit wird im übrigen der dialektische Zusammenhang zwischen der Förderung und Entwicklung einzelner, vieler und letztlich des Gemeinwesens deutlich.

Mit dieser Explikation der Grundelemente emanzipatorischer Gemeinwesenarbeit läßt sich nun unschwer der Bogen zur Beteiligung sozial Benachteiligter an demokratischen Partizipationsverfahren schließen.

Partizipation ist ein Lernprozess

¹² “to empower” meint, “jemanden ermächtigen, jemandem die Vollmacht erteilen, etwas zu tun; ‘to be empowered’ - ermächtigt oder befugt sein, die Vollmacht zu haben, etwas zu tun.” (Stark W., 1996: 17). In die deutsche Sprache übertragen hieße Empowerment etwa “Ermächtigung”, was im Deutschen allerdings ein durch den Faschismus sehr belasteter Begriff ist, so daß einmütig die englische Vokabel Verwendung findet.

Zur Vertiefung des Empowerment-Ansatz vgl. u.a. Herriger N., Empowerment - Annäherungen an ein neues Fortschrittsprogramm der sozialen Arbeit, in: Sozialmagazin Heft 4, 1991: 26 - 34; Rappaport J., Ein Plädoyer für die Widersprüchlichkeit: ein sozialpolitisches Konzept des “empowerment” anstelle präventiver Ansätze, in: Verhaltenstherapie und psychosoziale Praxis, Heft 2, 1985: 257 - 278; Trojan A., Ohnmacht kränkt - Empowerment wirkt gesundheitsfördernd. Zur Stärkung von Selbsthilfe- und Durchsetzungsfähigkeit von Einzelnen und von Gruppen, in: Blätter der Wohlfahrtspflege Heft 2, 1953: 58 - 61

Beteiligung wird zumeist synonym zu Partizipation verwendet. Eine Differenzierung macht hier wenig Sinn. Unterstellt wird ein Demokratiemodell, das ein abgestuftes Teilhaben der BürgerInnen am Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess vorsieht. Das geht in formellen Verfahren von Konsultationen über Mitwirkungen in Ehrenämtern bis zur Ausübung des passiven Wahlrechtes und der Übernahme von Wahlämtern im Staate. In einem anderen Denkmodell wird die Skala von dem Recht auf Nichtbeteiligung über Mitbestimmung, Mitverantwortung bis zur Selbstbestimmung erweitert. Hier lassen sich denn auch am ehesten diverse Beteiligungsmodelle im Alltag benachteiligter Quartiere verorten. Dafür gilt es freilich, von technokratischen Beteiligungskonzepten Abschied zu nehmen, wonach gewissermaßen auf Knopfdruck, je nach Beschlusslage in den jeweiligen Gremien

oder Amtsetagen, die Bürgerschaft zusammengerufen wird, um zu diesem oder jenem Expertenvorschlag Stellung zu nehmen.

Die Kluft zwischen den Welten von Politik und Verwaltung einerseits und der Lebenswirklichkeit und den Lebenswelten im Quartier ist hinreichend dargelegt worden. Zu betonen ist noch einmal, dass Partizipation eine Vielfalt an Grundvoraussetzungen impliziert, die bei sozial Benachteiligten zunächst einmal nicht vorhanden sind. Notwendig ist ein professionelles Unterstützungsmanagement im Quartier, das hier in Form der emanzipatorischen Gemeinwesenarbeit zu Grunde gelegt wurde. Ihre zentrale Aufgabe ist es, Menschen zu befähigen, ihre Angelegenheiten in die eigene Hand zu nehmen und dafür Strukturen zu schaffen, die langfristig in Selbstorganisationsmodellen münden sollten. Bliss hat für die Entwicklungshilfe einen Paradigmenwechsel gefordert, der für die Stadtteilentwicklungsplanung gleichlautend sein könnte: „Der Schritt von einem Verständnis von *Partizipation als Mittel zur Durchführung guter Projekte* hin zu einer Sichtweise, die primär die gesellschaftliche (und damit politische sowie ökonomische) *Partizipation von unterprivilegierten gesellschaftlichen Gruppen als Ergebnis guter Projekte* betrachtet“ (Bliss, 2000, S. 4).

Vor dem Hintergrund langjähriger Erfahrungen in der Praxis einer solchermaßen verstandenen Gemeinwesenarbeit sollen ein paar operative Handlungsmaximen exemplarisch für das Gelingen dieser Lernprozesse ausgeführt werden.

1. Man muß an den ganz konkreten Alltagsbedürfnissen und –problemen, dort wo den Menschen der Schuh drückt, ansetzen. Es hat sich als besonders wirksam erwiesen, bei den “Issues” anzusetzen. Damit sind Anlässe gemeint sind, die die Betroffenen außergewöhnlich berühren, belasten oder wütend machen (vgl. Mohrlock M., 1993: 241). Diese in Erfahrung zu bringen, ist Ziel der Forschungsaktivitäten, ohne die Gemeinwesenarbeit gar nicht denkbar wäre. Es bietet sich an, hierfür zum Beispiel Meinungsführer und alltägliche Helfersysteme im Quartier ausfindig zu machen. Dies können der Briefträger, der Hausmeister oder der Friseur an der Ecke sein oder informelle Sprecher der BewohnerInnen. Je nach Situation bieten sich hierfür natürlich auch Interviews, die aktivierende Befragung oder die teilnehmende Beobachtung an (vgl. Rausch, 2003, S.).
2. So dann sind möglichst viele Betroffene zu einer gemeinsamen Besprechung zusammenzubringen. Den geeigneten Ort und die optimale Zeit wissen die Leute selbst am besten. Es ist eben darauf zu achten, dass das gesamte Setting den Menschen möglichst vertraut ist. Je nach Jahreszeit und Thema hat es sich beispielsweise schon bewährt, im Eingangsbereich eines Hochhauses oder auf der Wiese vor dem Haus zu einem ersten Treffen zusammen zu kommen. Bei diesem Herangehen werden die Betroffenen von Anfang an in die Verantwortung mit einbezogen. Dieser Gedanke muss handlungsleitend bleiben. Es sollten freilich nur die Themen aufgegriffen werden, für die

es einen großen Konsens gibt und die durch eigenes Handeln möglichst kurzfristig erfolgreich bearbeitet werden können. Einige wenige bescheidene Ziele sollten zunächst genügen.

3. Menschen, die verlernt haben, dass sie durch eigenes Handeln etwas bewegen können, müssen nun die Erfahrung sammeln, dass sie sehr wohl durch gemeinsames Handeln etwas bewegen können. Dem Reden muss sogleich das Tun folgen. Die Leute sind es leid, „das immer nur geredet wird“. Sie wollen „Taten sehen“. Und sie wollen, „dass etwas dabei heraus kommt“. Emanzipatorisches Lernen gelingt allerdings nur, wenn es die Betroffenen selbst sind, die zur Aktion schreiten. Nur so können sie Kontrollerfahrungen sammeln. Handelt an ihrer Stelle der Sozialarbeiter, ein anderer Professioneller oder ein „Oberbewohner“ so entsteht ein dem Partizipationsziel entgegenwirkender Lerneffekt.
4. Die Handlungsformen müssen dem Habitus der BewohnerInnen angemessen und vertraut sein. Und sollten sie einen gewissen Unterhaltungswert beinhalten.¹³ Mit langweiligen und bürokratischen Aktionsformen kann man keinen „müden Hund hinter dem Ofen vorlocken“. Hier bewährt es sich, wenn GemeinwesenarbeiterInnen über gewisse humorvolle, kreative oder soziokulturelle Arbeitstechniken verfügen, die sie situationsbezogen einsetzen können. Manchmal gibt es aber auch BewohnerInnen, die sich gerne ansprechen und aus der Reserve locken lassen. Wichtig ist, dass jede Zusammenkunft als bedeutsam und erlebnisreich erlebt werden kann. BewohnerInnen wägen stets ab, ob der Aufwand, den sie zu leisten hatten, mit dem Ertrag, der erzielt wurde, in einem vernünftigen Verhältnis steht.
5. Nichts ist hilfreicher als der Erfolg. Und sind die erwünschten Maßnahmen durchgesetzt und die Ziele erreicht worden, sollten sie auch gehörig gefeiert werden. „Feste feiern, oder feste feiern“, war den sozial Benachteiligten noch nie diskussionswürdig. Im Feiern und geselligen Beisammensein können nicht nur die Erfolge gewürdigt und internalisiert werden, vielmehr werden auch die Grundlagen für weitere gemeinschaftliche Aktivitäten und künftige solidarische Aktionen gelegt. Insbesondere bieten die Anlässe wieder hinreichend Gelegenheiten, um die vielfältigen Ressourcen und Fähigkeiten der BewohnerInnen zur Entfaltung zu bringen und die Selbstwert- und Zugehörigkeitsgefühle zu steigern. Last but not least müssen Erfolge auch dokumentiert und publiziert werden. Es ist wichtig, dass möglichst viele von dem Geschehen erfahren und dass die QuartiersbewohnerInnen erleben, dass zum Beispiel über die Presse auch die Leute „draußen“ mitbekommen, was sich „drinnen“ bewegt hat.
6. Um solche oder ähnlich inszenierte partizipative Lernprozesse zu entwickeln, braucht es für eine Verstetigung angemessene Strukturen und Orte im Stadtteil. Es braucht Räume, damit Menschen sich auch ungezwungen und niedrigschwellig begegnen können. Es braucht Kommunikationsforen, um Informationen verbreiten, austauschen und vertiefen zu können. Und es braucht Gelegenheitsräume, um gemeinschaftliche, solidarische Lebensformen entwickeln und einüben zu können.
7. Erst vor dem Hintergrund bereits entwickelter Stufen partizipativer Stadtteilarbeit ist es denkbar, auch Beteiligungsmodelle allgemeiner Art anzustreben. Doch sollte der skizzierte Handlungsrahmen niemals ganz außer Acht gelassen werden. Auch hier sind Stufenmodelle mit milieutauglichen Settings zu suchen.

Zahlreiche Praxisbeispiele zeigen, dass solche Handlungsmodelle keineswegs utopisch sind. Zugleich sollte nicht vergessen werden, dass die gesellschaftspolitische Wirklichkeit in ihrer

¹³ Im Rahmen einer Evaluationsstudie gaben 1997 72% der befragten Akteure an, sie würden sich engagieren, „weil es Spaß macht, mit anderen etwas zu tun“ (vgl. Rausch, 1978, S. 315)

Prof. Dr. Günter Rausch, weitgehend identisch mit: „Die Beteiligung von sozial Benachteiligten aus der Perspektive einer emanzipatorischen Gemeinwesenarbeit“, in: Maier K.; Meßmer M. (Hg.), Soziale Kommunalpolitik für lebenswerte Wohnquartiere : Beiträge zu Wohnungspolitik, Bürgerbeteiligung, Quartiersmanagement und Indikatoren sozialer Nachhaltigkeit, Freiburg im Breisgau, 2004, S. 93 – 104

derzeitigen Gestalt und Dynamik keineswegs positive Grundvoraussetzungen schafft, das Grundproblem der ganzen Armut- und Benachteiligungsdebatte zu überwinden, nämlich soziale Gerechtigkeit herzustellen. Gemeinwesenarbeit kann dies so wenig wie jede andere Arbeitsform der Sozialen Arbeit. Sie kann und will jedoch „Beiträge zur tendenziellen Aufhebung und Überwindung von Entfremdung leisten, also die Selbstbestimmung handelnder Subjekte ermöglichen. Damit ist Gemeinwesenarbeit Befreiungsarbeit in sofern, als sie die unmittelbaren Wünsche und Probleme der Menschen ernst nimmt, zu veränderndem Handeln unter Berücksichtigung der politisch-historischen Möglichkeiten motiviert und Einsichten in die strukturellen Bedingungen von Konflikten vermittelt (Boulet u.a. 1980: S. 156f.).
